

Der



informiert

Es geht auch anders! Verhinderung von Schredderanlagen in Monheim und Euskirchen

Am 19.11.2009 haben gleich zwei unterschiedliche Gremien den Ansiedlungsbegehren einer neu gegründeten Firma "Innovative Metal Recycling GmbH" (IMR) zur Errichtung und dem Betrieb einer Recycling-/Schredderanlage für Schrotte eine klare Absage erteilt.

Zuerst wollte das Unternehmen in Monheim am Rhein eine Schredderanlage ähnlich der im Trierer Hafen errichten. Sofort nach Bekanntwerden der Pläne gründete sich eine Bürgerinitiative (<http://www.buergerverein-monheim.de/>), die erfreulicherweise Unterstützung in der Politik und vor allem in dort bereits ansässigen Unternehmen fand. Auf Grund der zu erwartenden Umweltbelastungen hatten diese Firmen Sorgen bezüglich der Gesundheit ihrer Arbeitnehmer und befürchteten auch negative Auswirkungen auf ihre empfindlichen Produktionsprozesse. Die Bezirksregierung Düsseldorf hat diesen Plänen nun ein Ende bereitet, die Bürger können aufatmen (Pressemitteilung siehe unten). Dabei war in Monheim ein 12 Meter hoher Lärmschutz vorgesehen, von dem wir hier nur träumen können.

Wegen des Widerstandes in Monheim hat das Unternehmen vorsorglich auch in Euskirchen einen Standort geplant. Verwaltung und Stadtrat standen zuerst voll hinter dem Projekt. Ein Grundstück wurde zur Verfügung gestellt. Ebenfalls infolge massiver Bürgerproteste haben die Stadtverwaltung und der Rat ihre ursprüngliche Position aufgegeben und sich gegen das Vorhaben ausgesprochen (siehe weiter unten).

Der Bürgerverein Pfalzel gratuliert vor allem den Bürgern, die ihre berechtigten Interessen mit so viel Engagement und Zusammenhalt durchsetzen konnten. Besonderen Respekt zollen wir den Unternehmen, die auf der Seite der Bürger standen und sich nicht aus falsch verstandener Solidarität still verhalten haben. Und alle Hochachtung für eine Stadtverwaltung und einen Stadtrat, die frühere Fehleinschätzungen einräumen und korrigieren und sich weder von den Sonntagsreden über neue Arbeitsplätze, sprudelnde Steuerquellen und Einhaltung aller Umweltstandards blenden und selbst durch drohende Schadensersatzklagen nicht in ihrer Entscheidung beeinflussen ließen.

Wir werden am Beispiel des Projektes **"Steinbruch und Zementfabrik in Olk"** aufmerksam beobachten, ob die hiesigen Institutionen ähnlich umsichtig agieren.

[siehe auch Nachtrag auf Seite 5 !](#)

Sie befinden sich hier: [Startseite](#) > [Pressebereich](#) > [Pressearchiv](#) > [Pressemitteilungen von 2009](#) > [November](#) > Bezirksregierung lehnt Antrag der Firma IMR GmbH zur Errichtung eines Schredders in Monheim am Rhein ab

Bezirksregierung lehnt Antrag der Firma IMR GmbH zur Errichtung eines Schredders in Monheim am Rhein ab

Pressemitteilung 224/2009 vom: 19.11.2009

Die Bezirksregierung Düsseldorf hat den Antrag der Firma Innovative Metal Recycling GmbH (IMR GmbH) zur Errichtung und Betrieb einer Recycling-/Schredderanlage für Schrotte am Standort Daimlerstraße 15 in 40789 Monheim am Rhein abgelehnt. Grund: Das Baurecht der Gemeinde, eine Veränderungssperre, steht dem Vorhaben entgegen.

Der Ablehnungsbescheid, der dem Unternehmen in dieser Woche zugestellt wurde, stellt eine Unvereinbarkeit des Vorhabens der Firma IMR mit dem für den Standort geltenden Bauplanungsrecht fest. Das Vorhaben der Firma IMR widerspricht von der Charakteristik her dem bestehenden Bebauungsplan, der mit einer Veränderungssperre belegt ist. Auch im veränderten Bebauungsplan, der derzeit von der Stadt Monheim erarbeitet wird, wäre das Vorhaben von IMR nicht zulässig. Denn aufgrund der typischen Auswirkungen einer derartigen Anlage auf die Nachbarschaft (insbesondere Lärm) schließen die bauplanungsrechtlichen Vorgaben Anlagen dieser Art dort grundsätzlich aus.

Somit lagen die Voraussetzungen für eine Genehmigung der beantragten Recycling-/Schredderanlage nach dem Bundesimmissionsschutzgesetzes nicht vor.

Die Entscheidung wird im Amtsblatt sowie auf der Internetseite der Bezirksregierung Düsseldorf veröffentlicht.

STADTRAT

Die Bürger jubeln

Von Johannes Bühl, 19.11.09, 19:41h, aktualisiert 20.11.09, 18:00h

Vor 500 Zuschauern fassten die Ratsmitglieder einen einstimmigen Beschluss: das Unternehmen IMR kommt mit dem Metallschredder im IPAS nicht zum Zug. Die Politiker formulierten außerdem Selbstkritik.



Der Stadtrat tagte wegen des großen Andrangs im City-Forum: Vor 500 Zuhörern brachten die Politiker die geplante Ansiedlung der Metallschredderanlage der Firma IMR zu Fall. (Bild: Johannes Bühl)

EUSKIRCHEN - So etwas hatte es noch nie gegeben: eine Sitzung des Euskirchener Stadtrats, die von 500 Bürgern und Bürgerinnen verfolgt wird. Der Andrang im City-Forum war so groß, dass die Stühle, 450 an der Zahl, nicht reichten. Etliche Leute mussten mit Stehplätzen vorlieb nehmen. Dies nahmen sie aber gerne in Kauf. Schließlich brachte die Sitzung für die Bürger das erwünschte Ergebnis.

Nach rund 90-minütiger Debatte am Donnerstag stand fest: Die Metallschredderanlage, die das Unternehmen IMR im Euskirchener Industriepark am Silberberg (Ipas) bauen wollte, ist vom Tisch. Die Stadt verweigert der Firma das dafür notwendige Grundstück. Mit dieser einstimmigen Entscheidung hoben die Politiker einen ebenfalls einhellig gefällten Ratsbeschluss vom 24. September auf. Dazwischen lagen heftige Proteste der Großbüllesheimer Bürgerschaft.

1.400 Protestunterschriften

IMR habe es nicht geschafft, die Bedenken der Bevölkerung auszuräumen, erklärten die Fraktionen ihren Sinneswandel. Das Publikum reagierte mit Applaus und Jubel auf die Abstimmung. Vorab hatte eine Bürgerinitiative der Stadt eine Liste mit 1.400 Protestunterschriften überreicht. Die Stadt wollte IMR ein 50.000 Quadratmeter großes Areal an der Barentsstraße veräußern. Dass es dazu letztlich nicht kommen würde, war bereits seit Dienstag klar: Alle im Rat vertretenen Parteien und Gruppierungen hatten angekündigt, das Vorhaben der Firma IMR (Innovative Metal Recycling) zu vereiteln. In ihren Anträgen forderten sie Bürgermeister Dr. Uwe Friedl (CDU) auf, den unterschriftsreifen Grundstückskaufvertrag nicht zu unterzeichnen.

Als in Großbüllesheim die ersten Proteste laut wurden, hatte Friedl noch argumentiert, er wolle den Ausgang des Genehmigungsverfahrens abwarten, das derzeit läuft. Es wird im Rahmen des Bundesimmissionsschutzgesetzes abgewickelt, zuständig ist der Kreis Euskirchen. Doch das Verfahren hatte gerade erst begonnen, da wurde auch die Politik hellhörig - aufgeschreckt durch die Bürger. Die CDU veranstaltete eine Informationsversammlung, in der Vertreter der Firma IMR „sich entgegen unserer Erwartung nur auf Allgemeinbeschreibungen“ der geplanten

Schredderanlage beschränkt habe, so die Union. Die Zweifel an IMR wurden immer größer, die Bevölkerung erhielt Unterstützung von Firmen aus dem Ipas.

„Wir sind nicht willens, einen derart sensiblen Betrieb im Ipas unterzubringen, deren Betreiber - gelinde ausgedrückt - ein unsensibles Verhalten an den Tag legen“, sagte Manfred van Bahlen (FDP) in der Ratssitzung. Er bezog sich damit auf das Auftreten der Geschäftsführung in der Bürgerversammlung und auch auf den Vorwurf der Firma, die Stadt habe ihr einen Maulkorb verpasst mit dem Ziel, vor der Kommunalwahl Unruhe in der Bürgerschaft zu vermeiden. Gegen diese Behauptung will Friedl rechtlich vorgehen: „Dieses Ansinnen haben wir zu keinem Zeitpunkt geäußert.“

Kehrtwende

Durch die Anschuldigung, so der Bürgermeister weiter, sei außerdem „die Grundlage für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit nunmehr gänzlich zerstört“. SPD, Grüne, UWV und die Linke schrieben in ihrem gemeinsamen Antrag, IMR habe nicht belegen können, „dass keine nennenswerten Umweltbelastungen und gesundheitlichen Risiken von dem geplanten Metallrecyclingbetrieb ausgehen“. Eine Ansiedlung, die auf so massiven Widerstand der Anwohner und Anlieger stoße, sei für die weitere Entwicklung des Ipas schädlich.

Mehrere Redner fragten, wie es passieren konnte, dass die Fraktionen die Ansiedlung zuerst befürworteten, bevor es zur Kehrtwende kam. Martina Grundler (SPD) sagte, ihre Fraktion habe im September auf Grundlage der Informationen entschieden, die die Verwaltung vorgelegt habe. Susanne Daniel (UWV) meinte, der Rat habe den Fehler gemacht, „blauäugig in die Sache hineinzuschlittern“. Auch die Rathausspitze bekam ihr Fett weg: „Es ist wünschenswert, dass auch die Verwaltung aus diesem Desaster lernt“, so Daniel. Mehrfach hieß es, der Rat müsse den Bürgern für ihr Engagement danken. „Sie haben gemacht, was wir Politiker hätten machen müssen: den Informationen der Verwaltung misstrauen“, sagte Dorothee Kroll (Bündnis 90 / Die Grünen).

Gero Schmidt, CDU-Ratsherr aus Großbüllesheim, lenkte den Blick noch einmal auf IMR: „Der vermeintliche Prinz, der für Arbeitsplätze sorgen sollte, entpuppte sich als Kröte, die auch gleich Gift verspritzte.“ Damit meint er die IMR-Drohung, juristisch gegen die Verfasser eines Protest-Flugblattes vorzugehen. „Die Bürger waren aber nicht bereit, diese Kröte zu schlucken.“

KOMMENTAR

Der erste Schritt zur Besserung

Von Johannes Bühl, 20.11.09, 17:58h



Johannes Bühl zur geplatzten IMR-Ansiedlung. (Bild: Schmitz)

Egal, ob ein Rechtsstreit zwischen der Stadt und der Firma IMR folgt - für die Großbüllesheimer ist der Spuk vorbei. Die befürchtete Metallschredderanlage, die 700 Meter vom Ortsrand entfernt entstehen sollte, bleibt ihnen erspart. Ohne die wachsame Bevölkerung wäre es womöglich anders gekommen. Mit ihrer Initiative lieferte sie ein weiteres Beispiel dafür, welche beachtliche Kraft

Bürgerproteste in Euskirchen entfalten können. Ein wenig fühlte man sich an den Widerstand gegen die Pläne der Stadt erinnert, das Waldfreibad in eine Robbenforschungsstation umzuwandeln.

Bei allem berechtigten Lob für die Bürgerinitiative darf man aber nicht die Frage vergessen, wie es überhaupt zu der heiklen Situation kommen konnte. Wer nach Antworten sucht, landet schnell in der Stadtverwaltung. Sie bezeichnete IMR als führenden Spezialisten in Sachen Aufbereitung und Verwertung, als sie dem Rat eine Ansiedlung schmackhaft machen wollte. Tatsächlich hatte man es mit einer Art Briefkastenfirma ohne Referenzen zu tun.

Die Politiker glaubten der Verwaltung, manche ließen sich vielleicht auch von der Aussicht auf neue Arbeitsplätze und zusätzliche Gewerbesteuerereinnahmen blenden. Der zweite Fehler der Verwaltung bestand darin, das Vorhaben nur einmal öffentlich zu behandeln - und dann nur noch hinter verschlossener Tür.

Bürgermeister Friedl spricht in der Rückschau unverblümt von einer Panne. Wenn Einsicht tatsächlich der erste Schritt zur Besserung ist, besteht Grund zur Hoffnung. Doch auch der Stadtrat steht in der Pflicht. Er muss sich an seinem Versprechen messen lassen, künftig für mehr Transparenz zu sorgen.

Nachtrag 04.12.2009

Der Bürgerverein Großbüllesheim e. V. hat uns informiert, dass die Probleme wegen der Errichtung der geplanten Schredderanlage noch nicht ausgeräumt sind.

Die Firma IMR besteht weiterhin auf der Durchführung des Genehmigungsverfahrens nach dem BImSchG. Sollte dieses zu Gunsten der Firma ausgehen, beabsichtige man dem Vernehmen nach, die Veräußerung des benötigten Grundstücks durch die Stadt Euskirchen auf dem Klagewege zu erzwingen.

Wer die Entwicklung in Euskirchen verfolgen möchte, kann dies bei den dortigen Grünen

<http://www.gruene-euskirchen.eu/aktuelles/news-detail/archive/2009/november/23/imr/?cHash=99d88185e6>

oder bei dem Bürgerverein Kleinbüllesheim e. V.

<http://www.bv-kleinbuellesheim.de/>

tun.

Wir wünschen den engagierten Bürgern in Euskirchen weiterhin viel Erfolg. Mit der Unterstützung der im Rat vertretenen Parteien und der fachkundigen Beratung des Ökologen und Umweltexperten Klaus Koch (Umweltnetzwerk Hamburg) stehen ihre Chancen nicht schlecht.